

Handbücher für die Praxis des Heimrechts

# Pflege- und Wohnqualitätsgesetz Bayern

Handbuch

von  
Dr. Albrecht Philipp

1. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:  
[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 67769 4

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

# beck-shop.de

Philipp  
Pflege- und Wohnqualitätsgesetz Bayern

**beck-shop.de**

**beck-shop.de**

# Pflege- und Wohnqualitätsgesetz Bayern

Mit den bundesrechtlichen Regelungen  
zum Heimvertrag

Herausgegeben von

Dr. Albrecht Philipp

Rechtsanwalt und Fachanwalt  
für Verwaltungsrecht und für Sozialrecht, München

2015



# beck-shop.de

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 67769 4

© 2015 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, Schwarzach

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

„Bestandsschutz, Abweichungen und Befreiungen von verschärften baulichen Anforderungen“, „Förderung von Wohngemeinschaftskonzepten“, „Vereinfachung der Pflegedokumentation“, „Verfassungsbeschwerde gegen angeblich strukturell unzureichende Betreuungsverhältnisse in den Pflegeheimen“ – dies sind nur einige wenige Schlagworte, die aktuelle Herausforderungen stationärer Einrichtungen beschreiben. Die zugehörigen Rechtsgrundlagen im Heimrecht des Freistaats Bayern und im bundesrechtlichen Heimvertragsrecht sind nun seit über sechs Jahren in Kraft. Damit liegen ausreichend praktische Erfahrungen vor, um eine Gesamtdarstellung des für Bayern relevanten Heimrechts vorzulegen.

Das vorliegende Werk ist ein Praxisbuch. Es ist zwar von Juristinnen und Juristen geschrieben, die in heimrechtlichen Fragen erfahren sind. Es verfolgt aber nicht in erster Linie einen rechtswissenschaftlichen Anspruch. Vielmehr richtet es sich an alle, die intensiv mit den Rahmenbedingungen des Betriebs stationärer Einrichtungen zu tun haben – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen und Trägerverbänden ebenso wie von Behörden und Kostenträgern. Eine Vielzahl von Praxistipps und Fallbeispielen soll die Grundgedanken verdeutlichen und die Rechtsanwendung im Einzelfall erleichtern.

Die Autorinnen und Autoren sowie der Herausgeber hoffen, mit dieser Darstellung insgesamt einen Beitrag zur sachgerechten Anwendung und Weiterentwicklung des Rechtsgebiets in Bayern leisten zu können.

München, im Januar 2015

*Albrecht Philipp*

**beck-shop.de**

## Autorenverzeichnis

Dr. Katharina Dinter

Referentin in der Abteilung „Pflege und Prävention“ des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Dr. Nikola Friedrich

Vormals Heimrechtsreferentin im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen; seit 2012 Richterin am Sozialgericht München

Dr. Sven Höfer

Professor für Rechtswissenschaft an der Hochschule Esslingen

Dr. Albrecht Philipp

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht und für Sozialrecht, München

Dr. Alexander Schmid

Professor für Rechtswissenschaft, Hochschule Esslingen, Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege



**beck-shop.de**

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Autorenverzeichnis .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Literaturverzeichnis .....	XXI

### A. Anwendbarkeit und Einrichtungsformen

I. Bayerisches Pflege- und Wohnqualitätsgesetz .....	1
1. Überblick .....	1
2. Bedeutung der Abgrenzung .....	2
3. Stationäre Einrichtungen .....	3
a) Entscheidende Kriterien .....	3
b) Betreuungs- und Pflegeleistungen; Vorhalten .....	4
c) Praxisprobleme .....	4
4. Betreutes Wohnen .....	6
5. Ambulante Wohngemeinschaft .....	6
a) Voraussetzungen für „Heimrecht light“ .....	7
b) Betreutes Wohnen und ambulante Wohngemeinschaft .....	8
6. Betreute Wohngruppe .....	9
7. Weitere Ausnahmen .....	9
II. Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBG) .....	10
1. Überblick .....	10
2. Anwendungsbereich .....	12
a) Die Anwendung auslösende Vertragskonstellation .....	12
b) Verbraucher .....	15
c) Unternehmer .....	16
d) Ausnahmen vom Anwendungsbereich (§ 2 WBG) .....	16
e) Entsprechende Anwendung des WBG (§ 1 Abs. 2 WBG) .....	17
3. Ausgewählte Anwendungsfelder .....	19

### B. Anforderungen an Personal und Leitung

I. Überblick .....	23
II. Betreuungskräfte .....	24
1. Begriffsbestimmungen .....	24
2. Fachkraftquote .....	26
3. Anwesenheitsvorschriften .....	27
4. Leitung stationärer Einrichtungen .....	28
a) Einführung .....	28
b) Einrichtungsleitung .....	29
aa) Fachliche Eignung .....	29
bb) Persönliche Ausschlussgründe .....	32
c) Pflegedienstleitung .....	33
aa) Fachliche Eignung .....	33
bb) Persönliche Ausschlussgründe .....	33
d) Befreiungstatbestand .....	33

III. Organisation der Einrichtungsleitung	34
1. Personenmehrheit	34
2. Leitung mehrerer Einrichtungen bzw. Wohnformen	34
3. Personalunion von Einrichtungs- und Pflegedienstleitung	36
IV. Allgemeine Befreiungs- und Abweichungstatbestände	37
1. Erprobungsregelung	37
2. Allgemeine Abweichungstatbestände für Behinderteneinrichtungen und stationäre Hospize	37
V. Ordnungswidrigkeiten	37
VI. Fort- und Weiterbildung	38

### C. Leistungen und Qualitätsanforderungen

I. Leistungen	39
1. Fachliche Konzeption	39
2. Vereinbarung mit den Sozialleistungsträgern	40
3. Heimvertrag	41
II. Das Regelungskonzept des PflWoqG	41
1. Trägerbegriff	41
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe	42
III. Einzelne Qualitätsanforderungen	43
1. Zuverlässigkeit (Art. 3 Abs. 1 S. 2 PflWoqG)	43
2. Betrieb eines Qualitätsmanagements (Art. 3 Abs. 3 Nr. 2 PflWoqG)	45
3. Würde und Selbstbestimmungsrecht (Art. 3 Abs. 2 Nr. 1, 2 PflWoqG)	46
4. Pflegedokumentation (Art. 3 Abs. 2 Nr. 8 PflWoqG)	47
5. Umgang mit Arzneimitteln (Art. 3 Abs. 2 Nr. 5 PflWoqG)	48

### D. Bauliche Anforderungen

I. Überblick	49
II. Einzelne Anforderungen	50
1. Fachliche Konzeption	50
2. Barrierefreiheit	50
3. Anforderungen an die Wohnplätze	51
a) Mindestgröße	51
b) Belegung der Wohnplätze	51
c) Individualsanitärräume	52
d) Erreichbarkeit	52
e) Zugänglichkeit im Notfall	53
f) Rufanlage	53
g) Telekommunikationsanschluss	53
4. Anforderungen an andere Räumlichkeiten	53
a) Gemeinschaftsräume	53
b) Zusatzraum	55
c) Abschiedsraum	55
d) Therapieräume	55
e) Schmutzräume	55
f) Pflegebad	56
III. Befreiungen und Abweichungen	56
1. Befreiungen	56

a) Allgemeiner Befreiungstatbestand .....	56
b) Erprobungsregelung .....	57
2. Abweichungen .....	57
a) Allgemeiner Abweichungstatbestand .....	57
b) Einrichtungen für Menschen mit Behinderung .....	58
c) Stationäre Hospize .....	59
IV. Angleichungspflicht und Bestandsschutz .....	59
1. Angleichungspflicht .....	59
2. Bestandsschutz .....	60
V. Ordnungswidrigkeit .....	60

## E. Heimvertrag

I. Grundlegende formale Anforderungen .....	61
1. Schrift und Textform .....	62
a) Formale Anforderung vor Vertragsschluss: Textform und leicht verständliche Sprache .....	62
b) Formale Anforderungen bei Vertragsschluss .....	64
2. Formverstöße .....	65
a) Formverstöße, die nicht im Interesse des Verbrauchers liegen .....	65
aa) Vorvertraglich: Verstoß gegen die Textform .....	65
bb) Verstoß gegen die Schriftform bei Vertragsschluss .....	65
b) Nichtbeachtung von Formvorschriften im Interesse des Verbrauchers ...	66
aa) Vorvertragliche Information in Textform, Vertragsabschluss mündlich .....	67
bb) Keine vorvertragliche Information, aber schriftlicher Vertrag .....	67
cc) Keine vorvertragliche Information, kein schriftlicher Vertrag .....	68
3. Laufzeit .....	68
4. Vertreterproblematik .....	69
5. Wechsel der Vertragsparteien (§ 5 WBVG) .....	71
6. Verwahrvertrag .....	71
II. Leistungsbeschreibung und -ausschlüsse .....	71
1. Vorvertragliche Informationspflichten .....	72
a) Allgemeine vorvertragliche Informationspflichten (§ 3 Abs. 2 WBVG) .....	72
b) Für den konkreten Verbraucher zu erteilende Informationen (§ 3 Abs. 3 WBVG) .....	73
c) Bedeutung der vorvertraglichen Informationen für den Vertrag .....	76
2. Vertragsinhalt .....	77
III. Zusatzleistungen .....	79
IV. Entgelt .....	80
1. Grundlagen .....	80
2. Entgelterhöhung (§ 9 WBVG) .....	81
a) Entgelterhöhung bei Selbstzahlern .....	81
aa) Verfahren für Entgelterhöhung .....	81
bb) Maßstab für Entgelterhöhung .....	82
b) Entgelterhöhung bei Leistungsbeziehern nach SGB XI und SGB XII ..	82
V. Veränderung des Hilfebedarfs und andere Leistungsänderungen .....	83
1. Veränderung des Hilfebedarfs .....	83
a) Selbstzahler .....	84

b) Leistungsempfänger nach SGB XI und SGB XII .....	85
2. Leistungspflicht und deren Verletzung .....	86
a) Nichtleistung oder Schlechtleistung .....	86
b) Nicht- oder Schlechtleistung im Bereich der Wohnräume .....	86
c) Nicht- oder Schlechtleistung im pflegerischen und im sonstigen vertraglich vereinbarten Leistungsbereich .....	87
d) Umfang und Zeitraum der Kürzung .....	88
e) Ausschluss der Kürzung .....	88
f) Weitergehende Schadensersatzansprüche .....	88
VI. Kündigung und Vertragsende .....	89
1. Kündigungsrecht des Verbrauchers .....	89
a) Ordentliche Kündigung .....	89
b) Außerordentliche Kündigung .....	90
aa) Verletzung einer vor Vertragsschluss bestehenden Informationspflicht .....	91
bb) Wegen Nichteinhaltung des Schriftformerfordernisses .....	93
cc) Probezeit .....	93
dd) Entgelterhöhungen .....	93
ee) Rechtliche oder wirtschaftliche Verbundenheit .....	94
2. Kündigungsrecht des Unternehmers .....	95
a) Ordentliche Kündigung .....	95
b) Außerordentliche Kündigung .....	95
aa) Gesetzlich geregelte Kündigungsgründe .....	95
bb) Kündigungsfristen .....	97
3. Vertragsende durch Todesfall eines Verbrauchers .....	97
4. Pflichten des Unternehmers bei Vertragsbeendigung .....	98
a) Kündigung durch den Unternehmer .....	98
b) Kündigung durch den Verbraucher .....	98

## F. Heimaufsicht

I. Anzeige- und Informationspflichten gegenüber der Heimaufsicht .....	99
1. Überblick .....	99
2. Anzeigepflichten vor Betriebsbeginn .....	100
a) Zeitpunkt .....	100
b) Träger .....	100
c) Raumnutzung .....	100
d) Personal .....	101
e) Art der Einrichtung .....	101
f) Weitere Angaben .....	102
3. Anzeigepflichten während des Betriebs .....	102
4. Anzeigepflichten bei Betriebseinstellung .....	103
a) Fallgruppen .....	103
b) Zeitpunkt .....	103
c) Konzeptänderungen .....	103
II. Prüfungen durch die Heimaufsicht und Veröffentlichung der Ergebnisse ...	104
1. Häufigkeit und Ankündigung von Prüfungen .....	104
a) Regelprüfung .....	104
b) Anlassbezogene Prüfung .....	105
c) Ankündigung .....	105
2. Prüfungsgegenstände und Prüfungsablauf .....	105

a) Umfang	105
b) Theoretischer Gegenstand	106
c) Prüflaufplan und praktischer Gegenstand	106
d) Bewohnerauswahl	107
e) Weigerungsrecht des Bewohners	108
3. Rechte und Pflichten des Trägers der stationären Einrichtung	109
a) Pflichten	109
aa) Duldung	109
bb) Auskünfte	109
cc) Kopien	109
dd) Zustimmungserklärungen	110
b) Rechte	110
aa) Begleitung	110
bb) Beistand	110
cc) Gespräche	110
dd) Abgestimmte Terminierung	111
ee) Schriftlicher Prüfbericht	111
4. Schriftliche Prüfberichte	111
a) Zwei Berichte	111
b) Frist	111
c) Rechtsmittel	111
5. Veröffentlichung des Pflege-Prüfberichts	112
a) Überblick	112
b) Zustandekommen des Pflegeprüfberichts	113
aa) Bewohnerauswahl	113
bb) Momentaufnahme	113
cc) Schlüsselsituationen	113
dd) Frist und Anhörung	113
c) Inhalt des Pflege-Prüfberichts	114
aa) Bestandteile	114
bb) Kein Bewertungssystem	115
d) Aushang und Freigabe	115
e) Rechtsmittel	116
aa) Gegendarstellung	116
bb) Nachprüfung	117
cc) Widerspruch und Klage	117
f) Bewertung	118
III. Anordnungen der FQA	119
1. Überblick	119
2. Mangelbegriff	120
a) Gesetzliche Umschreibung	120
b) Verbesserungspotentiale	121
c) Erheblicher Mangel	122
d) Zusammenfassung	122
3. Beratung vor Anordnung	123
a) Bedeutung und Zweck der Beratung	123
b) Rechtsanspruch auf Beratung	123
c) Beteiligung der Kostenträger	124
d) Klare Abgrenzung von Beratung und Anordnung	125
4. Checkliste Anordnungsvoraussetzungen	125
a) Mangel	125

b) Beratung	125
c) Beeinträchtigungen und Gefährdungen	125
aa) Wohl der Bewohner	126
bb) Pflichten des Trägers gegenüber den Bewohnern	126
cc) Keine Unangemessenheit des Entgelts	126
d) Bestimmtheit der Anordnung	126
e) Ermessensausübung	127
f) Verhältnismäßigkeit	127
g) Förmliche Rechtmäßigkeit	128
5. Beschäftigungsverbot, kommissarische Leitung und Betriebsuntersagung	128
6. Ausgewählte Beispiele für Anordnungen	129
IV. Gebühren und Auslagen der Heimaufsicht	130

## G. Mitwirkung der Bewohner

I. Grundsätze der Mitwirkung und Mitbestimmung	133
1. Mitwirkung	133
a) Mitwirkungsbereiche	133
aa) Grundsätzliche Regelungen	133
bb) Mitwirkung von Leistungsempfängern der Pflegeversicherung	133
b) Form und Durchführung der Mitwirkung	133
2. Mitbestimmung	134
a) Mitbestimmungsbereiche	134
b) Form und Durchführung der Mitbestimmung	136
II. Organe der Bewohnerbeteiligung	136
1. Bewohnervertretung	137
a) Zusammensetzung der Bewohnervertretung	137
b) Wahlverfahren	138
aa) Wahlvorschläge	138
bb) Bestellung des Wahlausschusses	138
cc) Wahlvorbereitung und Wahlablauf	138
c) Amtsführung der Mitglieder der Bewohnervertretung	139
d) Geschäftsgang	139
e) Aufgaben von Einrichtungsträger und Einrichtungsleitung	140
f) Aufgaben der FQA	142
2. Beirat aus gesetzlichen Vertretern in Einrichtungen der Behindertenhilfe	142
3. Bewohnerfürsprecher	142
a) Bestellung und Amtsführung	142
b) Tätigkeiten	143
III. Kurzzeiteinrichtungen und Hospize	143
IV. Teilhabe	144

## H. Leistungen an Träger und Beschäftigte

I. Regelungskonzept	145
II. Erfasste Zuwendungen	146
1. Kreis der Bewohner und Bewerber	146
2. Gegenstand der Zuwendung	147
3. Versprechen oder Gewähren lassen	147
4. Empfänger	148

III. Die vier Ausnahmen	149
1. Abgeltung anderer Leistungen als nach dem Heimvertrag	149
2. Geringwertige Leistungen (Art. 8 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 S. 2 PflWoqG)	150
3. Bewohnerdarlehen (Art. 8 Abs. 2 Nr. 3 PflWoqG)	150
4. Kautions- und andere Sicherheiten (§ 14 WBVG)	151
IV. Ausnahmegenehmigung	152
1. Voraussetzungen	152
a) Einzelfall	152
b) Schutz der Bewohner	152
c) Rechtzeitiger Antrag	153
2. Ermessen	153
3. Rechtsfolge	153
<b>I. Verfahren und Rechtsschutz</b>	
I. Handlungsformen der FQA	155
II. Ablauf des Verwaltungsverfahrens	155
1. Einschlägige Regelungen	155
2. Verfahren bei belastenden Verwaltungsakten	156
a) Beginn des Verfahrens	156
b) Rechte des Trägers	156
c) Amtsermittlung	157
d) Bescheid	157
e) Zwangsweise Durchsetzung	158
3. Verfahren bei begünstigenden Verwaltungsakten	159
a) Beginn des Verfahrens	159
b) Befristung, Bedingung und Auflage	159
c) Anhörung	160
d) Keine aufschiebende Wirkung	160
4. Verfahren bei unförmlichem Verwaltungshandeln	160
III. Rechtsschutz im Hauptsacheverfahren	161
1. Begriff und Bedeutung	161
2. Widerspruch	161
3. Klage	162
IV. Rechtsschutz im Eilverfahren	162
1. Begriff und Bedeutung	162
2. Anordnung der aufschiebenden Wirkung	163
3. Einstweilige Anordnung	163
V. Kosten des Rechtsschutzes	163
Anhang Gesetzestexte	165
I. Gesetz zur Regelung von Verträgen über Wohnraum mit Pflege- oder Betreuungsleistungen (Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz – WBVG)1	165
II. Gesetz zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung (Pflege- und Wohnqualitätsgesetz – PflWoqG)	173
III. Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (AVPflWoqG)	189
Sachverzeichnis	225